presse

AG Angelegenheiten der Europäischen Union

Freilassung der verhafteten HDP-Politiker und Bürgermeister gefordert

***Dorothee Schlegel**, zuständige Berichterstatterin:*

In der Nacht zum Freitag wurden elf HDP-Abgeordnete, darunter die Parteichefs Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ verhaftet. Die AKP-Regierung geht derzeit massiv gegen kurdische Stadtverwaltungen vor und hat auch zahlreiche Bürgermeister verhaftet. In mindestens 24 Städten, die von der demokratisch gewählten prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) regiert werden, wurden staatliche Zwangsverwalter eingesetzt.

„Wir fordern die sofortige Freilassung von HDP-Parteichef Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sowie der anderen neun, in der Nacht verhafteten, HDP-Abgeordneten. Das gleiche gilt für die verhafteten Bürgermeister in den Kurdengebieten wie die Bürgermeisterin der Millionen-Metropole Diyarbakır Gültan Kışanak und ihres Kollegen Fırat Anlı.

Ihre Verhaftungen, im Rahmen sogenannter Anti-Terror-Ermittlungen, verurteilen wir aufs Schärfste. Die Festnahmen der demokratisch gewählten Politiker aus fadenscheinigen Gründen stellen eine neue Stufe der Repressionspolitik des türkischen Staates dar. Dass infolge der Verhaftungen nun auch Diyarbakır unter Zwangsverwaltung gestellt wird, verstößt gegen sämtliche demokratischen Prinzipien.

Viele Tausende Menschen, darunter Journalisten, Akademiker, zivilgesellschaftliche Akteure und demokratisch gewählte Volksvertreter, sind seit dem Putschversuch in der Türkei verhaftet oder aus dem Staatsdienst entlassen worden. Zahlreiche Zeitungen, Fernsehsender und Radiostationen

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

wurden geschlossen.

Sofort müssen auch die 13 Journalisten der Zeitung Cumhuriyet freigelassen werden, die am vergangenen ‚schwarzen Montag' in der Türkei verhaftet wurden. Die Verfahren gegen sie sind einzustellen.

Wir rufen die türkische Regierung auf, zum Dialog mit allen politischen Kräften des Landes, auch den demokratisch gewählten Volksvertretern zurückzukehren. Zudem verurteilen wir die aktuelle Diskussion um eine Wiedereinführung der 2004 in der Türkei abgeschafften Todesstrafe. Sie wiedereinzuführen wäre der Abschied von Europa."